

Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 7 (1966)
Heft: 8

Artikel: Der Kongress steht
Autor: Revesz, Laszlo
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1077172>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 19.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Der Kongress steht

Von Laszlo Revesz

Der 23. Kongress der KPdSU hat sich im Unterschied zum 22. Parteitag von 1961 an das gehalten, was er angekündigt hatte. Damals, vor gut vier Jahren, hatte man nur auf die Annahme der vorveröffentlichten Dokumente von Parteiprogramm und Parteistatuten gewartet. Dann aber brachte der Parteitag den dramatischen Bruch mit Albanien, Auftakt zur bald aufkommenden öffentlichen Polemik mit China. Diesmal hatten viele Beobachter grosse politische Ereignisse einkalkuliert, aber sie blieben aus. Es kam weder zur «Abrechnung mit China» noch zur «Wiedereinführung des Stalinismus». Statt dessen ging die «De-Chruschtschewisierung» auf der Linie weiter, die sich im Laufe eines Jahres abgezeichnet hatte. Das schliesst in einigen Belangen verhärtete Fronten mit ein, wie denn überhaupt die Partei aus der Aufbruchperiode in gesicherte Positionen zurückgekehrt ist. Der Ton war auf Beharren und nicht auf Bewegung ausgerichtet: Der Kongress tanzte nicht.

Die Traktanden nahmen den vorgesehenen Verlauf:

● Breschnew gab die organisatorischen Veränderungen bekannt, die namentlich auf eine Stärkung des Zentralkomitees zielen.

● Kossygin führte den neuen Fünfjahresplan ein, der an die zurückgesteckten Ziele des 1958 angenommenen Fünfjahresplanes anschliesst und die utopischen Forderungen des Parteiprogramms von 1961 verlassen hat.

● Podgorny brachte die Bestätigung der sowjetischen Aussenpolitik: Angriffig gegen Deutschland, verschlossen gegenüber Amerika, freundlich zu Frankreich, behutsam mit der übrigen Welt. Die Koexistenz wird bejaht, ihre Grenzen werden betont.

Aber ein Parteikongress ist auch dann wichtig, wenn er nicht sensationell ist. Es lohnt sich, ihn auch von seiner Anlage her unter die Lupe zu nehmen.

Artikel 31 der 1961 vom 22. Parteikongress angenommenen Parteistatuten lautet: «Ober-

stes Parteiorgan der KPdSU ist der Parteikongress. Ordentliche Kongresse werden vom Zentralkomitee (ZK) mindestens einmal in vier Jahren einberufen... Die Vertretungsquoten werden vom ZK festgesetzt... Der Kongress... behandelt und entscheidet die wichtigsten Fragen des kommunistischen Aufbaus...»

Was ist der Kongress?

Diese Definitionen zeigen die Bedeutung der Kongresse nicht nur für die Partei, sondern auch für den gesamten Staat. Denn wer über «die wichtigsten Fragen des kommunistischen Aufbaus» entscheidet, entscheidet praktisch über alles. Hier stellt sich übrigens schon eine grundsätzliche Kompetenzfrage: ist das Staatsparlament oder das Parteiparlament (das heisst der Kongress) Träger der Souveränität im Lande? Die Fachliteratur antwortet darauf mit dialektischer Elastizität: Souverän ist das Volk, dessen Avantgarde die Partei ist. Letzten Endes steht also das Parlament der Partei über jenem des

Staates, welchem nur die Entscheidung in zweitrangigen, nicht prinzipiellen Fragen zukommt. Es ist der Parteikongress, der das Leben auf vier Jahre bestimmt und über alles entscheidet, was in Innen- und Aussenpolitik zu geschehen hat.

Deshalb ist es selbstverständlich, dass einem Kongress monatelange Vorbereitungen vorausgehen. Das war auch im Falle des 23. Parteitages nicht anders. Die 4943 Delegierten wurden auf Grund einer mehrstufigen, indirekten Wahlprozedur von unten nach oben gewählt. Die Grundorganisationen bestimmten die Delegierten für die Bezirkskonferenzen (zirka 2700), diese entsandten darnach ihre Vertreter an die Gebietskonferenzen (zirka 130), wo über die Zusammensetzung der Parteikongresse in 14 Sowjetrepubliken (die RSFSR, das heisst, die russische Föderation hat keine eigene Partei) entschieden wurde. Und von diesen Parteitagungen der Republiken aus wurde endlich der Unionskongress beschickt.

Dem Unionskongress gingen also zahlreiche Parteikonferenzen voraus, an welchen auch Wahlen in die niedrigen Parteiorgane vorgenommen, Kritiken geäussert wurden usw. (Eine Merkwürdigkeit besteht darin, dass die staatsrechtliche Sowjetliteratur das mehrstufige und indirekte Wahlprinzip als reaktionär bezeichnet, weshalb dieses denn auch in der Staatsverfassung seit 1936 aufgehoben ist, während man es auf Parteiebene bis heute aufrecht erhalten hat.)

Die Vertretungsquoten für die verschiedenen Tagungen bestimmen die unmittelbar höheren Parteiorgane von Fall zu Fall. So vertrat ein Delegierter am Kongress in Armenien 150, in Turkmenistan aber 100 Parteimitglieder. Für den Unionskongress galt das Verhältnis 1:2500. Die Stadt Moskau war mit 311 Delegierten vertreten, das Leningrader Gebiet mit 187 usw. Am andern Ende der Liste stehen Tadschikistan und Turkmenistan mit je 30 sowie Estland mit 27 Vertretern.

Die Vorschau

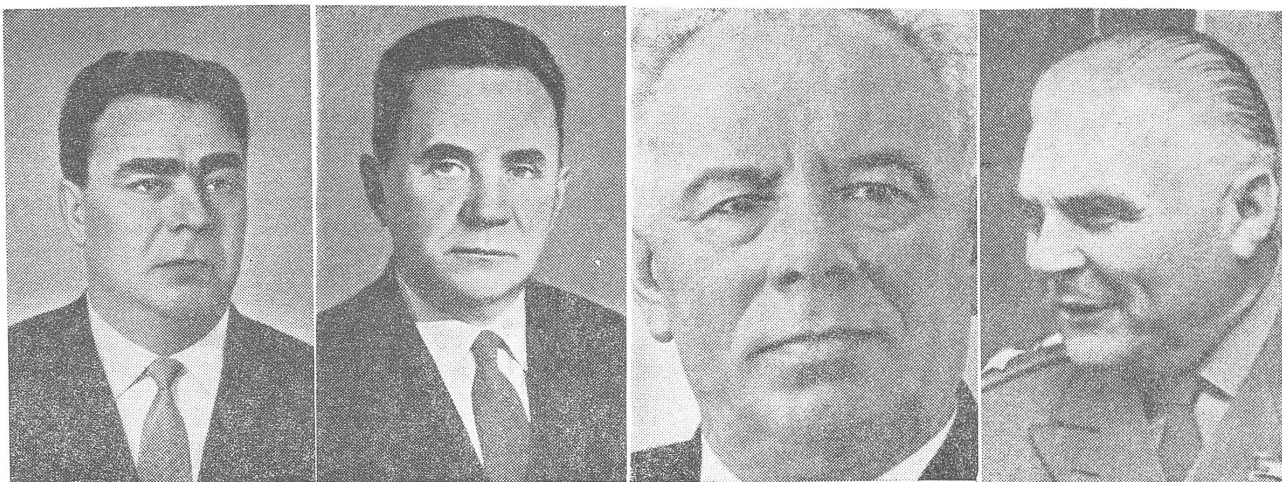
Nun besteht zwischen den Parteitagungen der Republiken und dem Unionskongress nicht nur ein gradueller Unterschied, sondern beinahe eine Art Arbeitsteilung. Ist der Unionskongress vornehmlich zukunftsbezogen, so widmen sich die Parteitage der Republiken verstärkt der kritischen Behandlung der konkreten Gegenwart. Sie haben also nicht nur eine Vorbereitungs- sondern auch eine Ergänzungsfunktion; auch sind sie zur Feststellung bestimmter Erscheinungen besser geeignet als der Unionskongress, wo die grossen politischen Akzente gesetzt werden. Die Kongresse der Republiken wurden Februar/März abgehalten und liessen folgende allgemeine Tendenzen erkennen:

1. Das russische Element rückt stärker in den Vordergrund.

So wies die Tagung in der Moldau folgende Zusammensetzung auf: 830 Delegierte, davon 406 Moldauer und 234 Russen, für Lettland lautete das entsprechende Verhältnis 602 — 324 — 207 und für Kasach-



Mao: «Wir brauchen wirklich nicht an den KPdSU-Kongress zu gehen, haben wir doch unsere Kommentare zu sämtlichen Referaten und Beschlüssen schon gefasst.» («Vjesnik», Zagreb.)



Von links nach rechts: Parteichef Breschnew: Mehr Macht für das ZK; Regierungschef Kossygin: Vernünftiger Wirtschaftspolitik; Sowjetvorsitzender Podgorny: Beibehaltung der friedlichen Koexistenz; Verteidigungsminister Malinowski: Vorrang der Raketenwaffe in der Sowjetarmee.

stan gar 926 — 440 — 435. Noch auffallender scheint sich das Primat des Russischen in den Namen der neuen Führer widerzuspiegeln. In den fünf zentralasiatischen Republiken (Kirgisien, Turkmenistan, Tadschikistan, Usbekistan und Kasachstan) sind beinahe alle Würdenträger geborene Russen. Ebenso ist das russische Element in der Parteiführung der Moldau und der baltischen Republiken äusserst stark vertreten. Eine Ausnahme bildet merkwürdigerweise Armenien, wo beispielsweise von den 806 Delegierten 724 Armenier waren, während man nur 40 Russen zählte. (Das Vertretungsverhältnis der Nationalitäten lässt sich nur an den Tagungen der Republiken feststellen, da am Unionskongress die diesbezüglichen Zahlen nicht bekanntgegeben wurden.)

2. Die Auseinandersetzung mit nationalistischen Erscheinungen ist überraschend stark.

Dieser im politischen Geschehen wenig beachtete Vorgang spiegelte sich an den Kongressen auf zwei Arten wider: Einmal in den Massnahmen zur «internationalen Erziehung» (wobei das russische als verbindendes Element verstanden wird) und dann im Kampf gegen nationalistische Strömungen, die offenbar als aktuelles Problem empfunden werden, da sich überaus zahlreiche Voten und Beschlüsse mit dieser Frage befassten.

Bezüglich des ersten Punktes sei etwa Aserbeidschan erwähnt, wo in allen Betrieben, Institutionen und Aemtern der Russischunterricht eingeführt wurde, um «durch die gemeinsame Sprache aller Sowjetvölker einen Beitrag zu ihrer gegenseitigen Annäherung zu leisten». Ähnlich verhält es sich in Lettland, wo die zweisprachige Schule (lettisch und russisch) eingeführt wurde.

Was den Kampf gegen nationalistische Strömungen betrifft, so richtete sich die Polemik hauptsächlich gegen Literaten und

Historiker der nichtrussischen Nationalitäten, denen mangelnder Wille zur Annäherung vorgeworfen wird. So wurde den moldauischen Historikern von ihrem ersten ZK-Sekretär vorgehalten, sie idealisierten die verkommenen nationalen Traditionen einiger geschichtlichen Persönlichkeiten, statt den Russen für die Befreiung von den Türken und vom rumänischen Faschismus zu danken. Den Aserbeidschanern wurde insgesamt Lokalpatriotismus und nationale Beschränktheit vorgeworfen, während in Georgien Mängel in der «internationalen Erziehung» beanstandet wurden.

3. Die Kongresse nehmen verstärkt den Charakter von Funktionärskonferenzen an.

Zwei Beispiele: Unter den 1522 Delegierten mit Sitz und Stimme am ukrainischen Kongress, befanden sich 745 Funktionäre (Partei 413, Sowjets 157, Gewerkschaften und Komsomol je 25, Armee 125). Auf die 662 turkmenischen Delegierten entfielen 220 Funktionäre.

4. Zum schwer zugänglichen Thema der Parteifinancen und ihrer Verwendung waren einige Aufschlüsse erhältlich. Aus den Berichten der Revisionskommissionen ergibt sich, dass die Budgeteinnahmen der Partei hauptsächlich zur Propaganda und Agitation, zum Bau von Administrationsgebäuden für Parteiorgane, und zum Wohnungsbau für Parteifunktionäre verwendet wurden.

Die relativ kleine usbekische Partei liess sich in den letzten vier Jahren nicht weniger als 28 Verwaltungsgebäude für Parteistellen, ferner ein für das Zentralkomitee bestimmtes Spital (!) und ein «spezielles Gebäude» bauen (für ZK-Mitglieder reservierte Spitalbauten gab es auch in andern Republiken). Dazu ist aus den an allen 14 Kongressen geäusserten Kritiken ersichtlich, dass die budgetierten Mittel zum Teil zweckentfremdet (d. h. wahrscheinlich für private Interessen) ausgegeben wurden. Mehrfach wurde auch beanstandet, dass bei der Ent-

richtung der Mitgliederbeiträge gemogelt werde (Unterschlagung der Nebeneinkünfte, die laut Statuten zur Festsetzung der Beitragshöhe eigentlich mitberechnet werden müssten).

Ueber die Zusammensetzung der Parteieinnahmen herrscht weitgehend Unklarheit. Sie stammen aus den Mitgliederbeiträgen, dem Einkommen aus der Verlagstätigkeit und «andern Quellen». Einen konkreten Anhaltspunkt liefert einzig der Bericht der aserbeidschanischen Revisionskommission: 1964 beliefen sich die Budgeteinnahmen auf 5 811 900 Rubel, davon 2 560 200 aus Mitgliedschaftsbeiträgen.

5. Gleichstellung der Frauen, und Berücksichtigung der Jugend tauchen immer wieder als Forderungen auf, da sie in der Praxis nicht wunschgemäss erfüllt sind.

An sämtlichen Kongressen der Republiken wurde die Wichtigkeit betont, Frauen und Jugendliche in führende Posten zu befördern. Trotzdem waren die Frauen an den entsprechenden Parteitagungen nur mit 20 bis 26 Prozent der Delegierten vertreten, und in keiner Unionsrepublik gibt es in den führenden Gremien (Sekretariat und Präsidium bzw. von jetzt an wieder Politbüro) auch nur eine einzige Frau. Ähnliche Diskrepanzen gibt es bezüglich der jüngeren Parteigeneration. In Kasachstan etwa wies der erste ZK-Sekretär darauf hin, dass die Beförderung des Nachwuchses häufig am Widerstand allzu vieler Parteifunktionäre scheiterte.

Das Dilemma fand übrigens seine Projektierung im Unionskongress, wo die lavierende Stellungnahme Breschnews charakteristisch war: einerseits forderte er eine aktivere Einsetzung der jungen Kader in führende Posten, andererseits warnte er davor, auf den führenden Posten die Leute mit praktischen Erfahrungen nicht genügend zu berücksichtigen.

6. Bezüglich Erhöhung des Lebensstandards fordert man vor allem die Verbesserung der

Saloppe, vierknöpfige Jacke im neu lancierten Sporting-look. Schlank silhouettiert, langer Rückenschlitz, schräge Taschen, rustikal-rassiges Muster — Kennzeichen der zukünftigen Sportmode.



Bezugsquellen-nachweis durch RITEX AG, Qualitätsbekleidung, Zofingen

Dienstleistungen, die namentlich auf dem Lande vernachlässigt sind.

In diesem Zusammenhang wurden besonders lebhaft Kritik ausgesprochen. In 75 Prozent der aserbeidschanischen Dörfer gibt es keine Dienstleistungsbetriebe; in der Moldau entfallen nur 34 Prozent aller Dienstleistungen auf das Land, obwohl dort 74 Prozent der Gesamtbevölkerung leben; in Kasachstan ist das pro-Kopf-Volumen der Dienstleistungen in den Städten um 230 Prozent, auf dem Lande dagegen nur um 32 Prozent gestiegen, und in 800 Kolchonen oder Sowchosen gibt es überhaupt keine Reparaturbetriebe.

Eine weitere durchgehende Forderung betraf die Intensivierung der Wohnbautätigkeit, ein bekanntes Thema sowjetischer Diskussionen und Pläne.

Der 23. KPdSU-Kongress, an dem nahezu 5000 Delegierte im Namen ihrer zwölfteilmillionen sowjetischer Genossen teilnahmen, war nicht nur eine interne Heerschau, sondern gleichzeitig auch ein internationales Ereignis. 86 Parteien liessen sich vertreten (darunter eine PdA-Delegation unter Woog, der für den unteilbaren Marxismus plädierte). Als Gäste kamen noch weitere «demokratische» Organisationen hinzu, so die Nationale Befreiungsfront Südviet-

nams, der Arabische Sozialistische Bund (VAR) usw. Die FLN-Delegation verliess Moskau aus Protest wegen einer Vertretung der in Algerien verbotenen KP, ein Zwischenfall, der in der Sowjetpresse nicht erwähnt wurde.

Die Hauptschau

Die Tagesordnung umfasste:

- Rechenschaftsbericht des KPdSU-ZK (Referent Breschnew).
- Bericht der zentralen Revisionskommission (Murawjewa).
- Kongressdirektiven zum Fünfjahresplan 1966/70 (Kossygin).
- Wahl der zentralen Parteiorgane.

Wir sehen in dieser Untersuchung von den volkswirtschaftlichen Plänen ab und weisen dafür auf einige wichtige Punkte und prinzipielle Erklärungen hin, welche die Referate und Diskussionen enthielten.

Statutenänderungen

a) **Bessere Siebung der neuen Parteimitglieder:** Das Eintrittsalter wird auf 23 Jahre (bisher 20 Jahre) festgesetzt. Die Aufnahme kann nur via die Jugendorganisation Komсомол und ihre Empfehlung erfolgen. Der zweite Weg führt über eine fünfjährige (bis-

her dreijährige) Kandidatur. Damit sollen ideologische und politische Zuverlässigkeit der Mitgliedschaft gefestigt werden. Denn gerade diesbezüglich waren auf den Kongressen der Republiken viele Mängel festgestellt worden.

In die gleiche Richtung zielt eine andere Neuerung: In Zukunft werden die ideologisch-politisch passiven oder «karrieristen» Parteimitglieder nicht in den Status der Mitgliedschaftskandidaten zurückgesetzt, sondern «anderen Massnahmen» ausgesetzt (Ausschluss usw.).

b) **Grössere Stabilität der Funktionäre:** Es hiess im geltenden Parteistatut: «Bei den Wahlen der Parteiorgane wird das Prinzip ihrer systematischen Erneuerung... befolgt». Die Dienstdauer eines Grundorganisation-Sekretäres wurde auf zwei Jahre beschränkt, weshalb während der letzten Jahre jährlich 60 Prozent dieser Funktionäre abgelöst wurden. Die höheren Organe mussten bis zur Hälfte erneuert werden, weshalb es auch dort zu einer grossen Fluktuation kam. Der angeführte Artikel 25 bleibt prinzipiell in Kraft, die Maximalfristen werden jedoch gestrichen.

c) **Grössere Macht für das Zentralkomitee,** durch die Wiederherstellung der seit 1941 nicht mehr einberufenen Republiks- und Unions-Parteikonferenzen. Diese wurden praktisch nur auf die Initiative des ZK einberufen, und ihre Entscheide verpflichteten die ganze Partei, nachdem sie vom ZK bestätigt waren. In der Periode der inneren Machtkämpfe wollte das ZK häufig die Verantwortung für gewisse prinzipielle Änderungen nicht auf sich nehmen und deckte sich so mit der von ihm einberufenen Parteikonferenz. Nachdem aber die Machtfülle des ZK unbeschränkt geworden war, hatte die Notwendigkeit einer solchen Absicherung nicht mehr bestanden. Die Wiedereinführung dieser Institution dürfte vielleicht erneut auf solche Motive zurückgeführt werden.

d) **Weniger wichtige Reformen:** Die Republiks-Parteikonferenzen werden in Zukunft alle vier Jahre einberufen (statt alle zwei Jahre). Die Umbenennung des ZK-Präsidiums auf Politbüro (aufgehoben durch den 19. Parteikongress 1952) hat eine kämpferische Bedeutung: Politik ist immer Kampf, und das oberste Parteiorgan soll auch dem Namen nach ein Kampforgan sein. Die erneute Bezeichnung des Ersten ZK-Sekretärs als «Generalsekretär» ist praktisch bedeutungslos.

e) **Festigung der Einheit der Partei** durch die Aufhebung des ZK-Büros für die RSFSR. Bekanntlich gibt es in der Sowjetunion 14 Republiks-Parteien, obwohl es 15 Unionsrepubliken gibt, denn die RSFSR hat keine eigene Partei. Die Unionspartei umfasst zugleich die Partei der RSFSR; lediglich im ZK wurde ein Büro für die Leitung der Parteiorganisationen in der RSFSR errichtet. Die Einverleibung der Parteiorganisationen in die Unionspartei wird von jetzt an vollständig: sogar dieses spezielle RSFSR-Organ wird verschwinden.

Fortsetzung auf Seite 11

gehen könne, weitergehende Ansprüche bezüglich Wohnkomfort zu befriedigen.

Die Propaganda weist in diesem Zusammenhang auf die bereits erfolgten «gewaltigen Leistungen» hin. Allein im Siebenjahresplan 1959—1965 seien mehr Wohnungen gebaut worden als in den ersten 40 Jahren Sowjet-herrschaft insgesamt; dank dieser ungeheuren Anstrengung hätten 70 Millionen Sowjetbürger neue Wohnungen erhalten können.

Zählt man zu diesen Zahlen noch den vorgesehenen Zuwachs im Fünfjahresplan dazu, so würde sich also ergeben, dass bis 1970 rund 90 Millionen Personen neue Wohnungen erhalten hätten. Man darf sich fragen, wo und wie diese Leute denn bisher gewohnt haben.

Die **Automobilproduktion** soll bis 1970 um 350 bis 400 Prozent zunehmen. Eine solche Steigerung ist natürlich nur dann möglich und sinnvoll, wenn sie von einer ausgesprochenen Mangelsituation ausgeht. Wer einigermassen normal versorgt ist, kann seinen Verbrauch nicht um 350 bis 400 Prozent steigern.

Die westliche Automobilindustrie braucht sich vor der sowjetischen Konkurrenz aber auch dann noch lange nicht zu fürchten. Der überwiegende Teil der Produktion ist für den sowjetischen Binnenmarkt bestimmt, wo ab 1970 jährlich 700 000 Personenwagen für private Interessenten zur Verfügung stehen sollen. Das entspricht ungefähr einem Zehntel des Angebots in den USA. In qualitativer Hinsicht scheinen die sowjetischen Automobile vorderhand auf dem Weltmarkt noch nicht konkurrenzfähig zu sein.

Wohnungsbau und Automobilherstellung bedürfen der Zulieferungen aus einem weiten Sektor der Volkswirtschaft. Dass hier in 50 Jahren kein besserer Stand erreicht worden ist, zeigt deutlich, dass das dortige Wirtschaftssystem kein Vorausstürmen, sondern vielmehr ein mühsames Nachhinken bedeutet, ein Nachhinken sowohl hinter den Bedürfnissen wie auch hinter der westlichen

Entwicklung. Spitzenleistungen wie die Sputniks, die durch rücksichtslose Kräftekonzentration erzielt worden sind, ändern an dieser Feststellung nichts. ■

Fortsetzung von Seite 4

Propaganda

Die Verlagstätigkeit der gesamten Partei wird noch äusserst erweitert. Die Partei hat eine grosse Anzahl Verlagshäuser und Druckereien, wodurch sie nach dem Staat der grösste Unternehmer in der Sowjetunion ist. Der Anteil der Parteieinnahmen aus der Verlagstätigkeit beläuft sich heute auf 35 Prozent. Während vier Jahre ist die Auflage der «Prawda» von 6 auf 7 Millionen Exemplare gestiegen, die «Komsomolskaja Prawda» von 3,3 auf 6,4 Millionen usw. Das ZK der KPdSU nahm vor kurzem einen Beschluss über die weitere Förderung der Verlage an: Während der nächsten fünf Jahre werden 25 Druckereien für die lokalen Parteiverlage errichtet, ferner wird man für die «Prawda» ein neues «Zeitungskombinat» bauen.

Zwischen den beiden Parteikongressen ist auch die Zahl der vom Parteibudget finanzierten Parteischulen gestiegen: Akademie für Sozialwissenschaften, Parteihochschule, Hochschule für Fernunterricht (alle beim ZK der KPdSU), 11 republikanische und Zwischengebiets-Parteihochschulen, 22 Schulen für Partei- und Sowjetfunktionäre. Grosse Summen wurden für Kurse und Seminare, Kabinetts für politische Bildung, Abenduniversitäten für Marxismus-Leninismus usw. ausgegeben (Bericht der Revolutionskommission).

Abweichungen

Breschnew erklärte in seinem Grundreferat: «Die Partei wird die Künste und die Literatur, welche den Glauben an unsere Ideale festigen, immer unterstützen. Sie wird aber gegen alle Erscheinungen fremder Ideologien kämpfen... Leider gibt es Pfscher, die, statt dem Volk zu helfen, die Anschwärzung des Systems und die Verleumdung un-

seres heroischen Volkes vorzogen. Natürlich drücken sie die Gefühle und Gedanken der Intelligenz nicht aus, die mit dem Volk, mit der Partei untrennbar verbunden ist. Die Verräter achten nicht, was dem Sowjetmenschen das heiligste ist: die Interessen des sozialistischen Vaterlandes. Es ist völlig klar, dass das Sowjetvolk gegenüber der schmachvollen Haltung dieser Menschen nicht gleichgültig bleiben soll. Es wird sie so behandeln, wie sie es verdienen...».

Der Moskauer Parteisekretär Egoritschew, der erste Diskussionsteilnehmer, ergänzte das: «Man muss daran denken, dass in den Spalten einiger Zeitschriften, im Kino und Theater von Zeit zu Zeit Werke erscheinen, in welchen es ideelle Fehler gibt, in welchen einseitige und sogar unrichtige Darstellungen unserer Vergangenheit und Gegenwart, spießbürgerliches Murren wegen zeitweiliger Schwierigkeiten, Kompromisse zu fremden Anschauungen und Einstellungen enthalten sind. Leider gibt es auch Funktionäre, die nicht in erster Linie daran denken, was ihre Pflicht gegenüber dem Volk ist, sondern daran, was man über sie im Ausland sagt... Unter den Künstlern tauchen manchmal geradezu ideologische Diversanten auf, welche sich gegen Volk und Staat einsetzen...»

Neue Kollektive

Die Partei möchte die Bildung von Arbeiter- und Betriebskollektiven beschleunigen; die Initiative dazu wurde dem Ersten Sekretär des Leningrader Gebietskomitees, Tolstikow zugewiesen. Er verlangte die Perspektivplanung in der Entwicklung der Sowjetgesellschaft, eine konkrete Planung bezüglich der Werkstätigenkollektive. Er betonte, man dürfe sich nicht auf die Produktionsplanung beschränken, ohne die Entwicklungslinie des sozialen Lebens geplant zu haben. Zu diesem Zweck beantragte er Massnahmen zum Nachweis der strukturellen Auswirkungen gewisser sozialer und wirtschaftlicher Massnahmen auf die Sowjetgesellschaft.

DIE ORIENTIERUNG

Monatsschrift für Politik und Zeitgeschichte

Die Monatsschrift «Die Orientierung» hat sich die Aufgabe gestellt, die Theorie und Praxis des Weltkommunismus, seine unveränderten Ziele und seine wechselnde Taktik zu verfolgen und darzustellen.

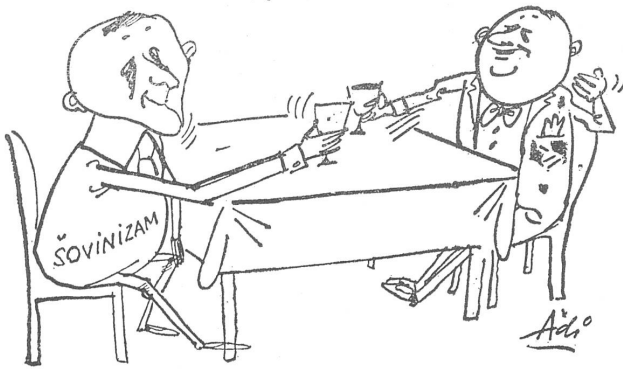
Ihre Mitarbeiter schöpfen dabei aus ersten Quellen aller Art, unter anderem aus den sowjetischen Zeitschriften «Kommunist», «Probleme der Philosophie», der Zeitschrift der Weltrevolution «Probleme des Friedens und des Sozialismus» sowie aus «Prawda» und «Iswestija». Besonderer Wert wird auf den Nachweis der Wechselwirkung von Ideologie und Praxis der Kremelführung gelegt, weil die Erkenntnis dieser Wechselwirkung für die Beurteilung der Sowjetpolitik durch die freie Welt unerlässlich ist. Spezialartikel über die Satellitenstaaten und über einzelne Gebiete des weltrevolutionären Kampfes in aller Welt ergänzen, unterstützt durch eine regelmässige Zeitschriftenschau, die Unterrichtung über diese Probleme. Diese Art der Unterrichtung darf mit dem bekannten angelsächsischen Ausdruck als «Inside-Information» bezeichnet werden und hat der «Orientierung» ihr eigenes Gesicht gegeben.

«Die Orientierung» findet steigende Beachtung in führenden Kreisen der Politik aller Richtungen und aller Ressorts sowie auch im Ausland.

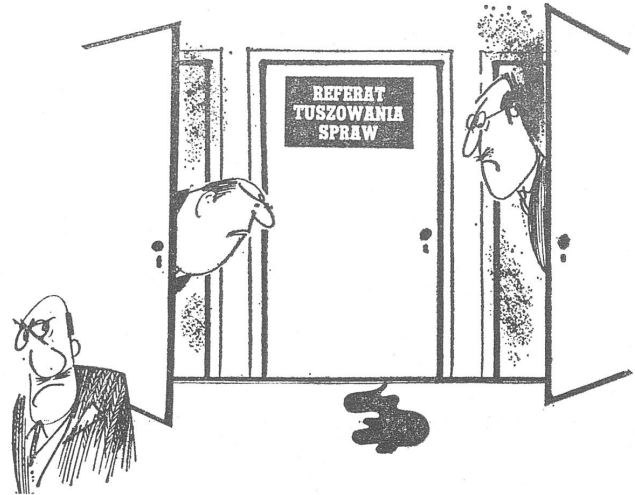
Erscheint monatlich am 15. — Bezugspreis vierteljährlich Fr. 4.— zuzüglich Porto. Einzelheft Fr. 1.50.

ILMGAU-VERLAG

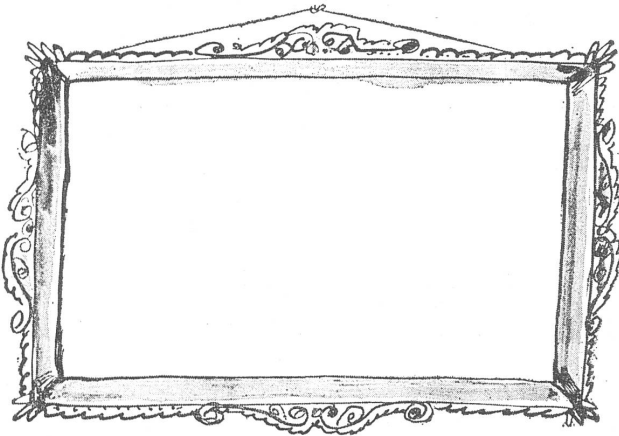
8068 Pfaffenhofen/Ilm, Oberbayern
(Bundesrepublik Deutschland)



Auferstehungsglaube: Bürger zum Chauvinismus: «Ich hätte ja an alles geglaubt, nur an deine Auferstehung nicht.» («Oslobodenje», Sarajevo.) Tito hat besonders vor dem wiedererwachenden Nationalismus in den jugoslawischen Teilrepubliken gewarnt.



Vor dem «Büro für Vertuschung der Angelegenheiten»: «Und sogar da sickert etwas durch.» («Szpilki», Warschau.)



Unsere konkrete Kritik. («Borba», Belgrad.)



«Hast du eine neue Idee für eine Gesellschaftsaktion?» — «Wozu haben wir denn das Archiv?» («Krokodil», Moskau.)



Die Papierfabrik produziert für ihre eigene Administration.» («Oslobodenje», Sarajevo.)



«Nur ein Momentchen, der Tanz wird gleich komponiert.» («Narodna Mladesch», Sofia.)

In Bulgarien geht die Forderung auf vermehrte Berücksichtigung landeseigener Kompositionen.

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut AG • Sitz: Jubiläumsstrasse 41, 3005 Bern • Briefadresse: Postfach 2273, 3001 Bern • Telefon: (031) 43 12 12 • Telegramm: Schweizost Bern • Redaktion: Dr. Peter Sager, Christian Brügger • Abonnenten- und Inseratenverwaltung: Oswald Schürch • Druck: Verbandsdruckerei AG Bern • Jahresabonnement Fr. 24.— (Ausland Fr. 26.—; DM 24.—), Halbjahr Fr. 13.— (Ausland Fr. 14.—; DM 13.—), Einzelnummer Fr./DM 1.— • Insertionspreise: Gemäss Inseratenpreisliste Nr. 1 • Postcheck 30-24616 • Bank: Spar- und Leihkasse, Bern; Deutsche Bank, Frankfurt a. M.

Das Schweizerische Ost-Institut erforscht die politische und wirtschaftliche Entwicklung im kommunistischen Herrschaftsbereich • Es will durch sachliche Information zur Stärkung der Freiheit beitragen • Weitere Veröffentlichungen: Informationsdienst (Presseübersicht aus kommunistischen Staaten) • Wirtschaftsdienst (Nachrichten über die Wirtschaftsentwicklung im Ostblock) • Freier Korrespondenzdienst (Artikel für die Presse) • Swiss Press Review and News Report (englischer Wochendienst, für Redaktionen in Asien und Afrika kostenlos) • Revista de la Prensa Suiza y Noticiario (spanischer Wochendienst, für Redaktionen in Zentral- und Südamerika kostenlos) • Revue de la Presse Suisse - Informations - Commentaires (französischer Wochendienst, für Redaktionen in Afrika und im Nahen Osten kostenlos) • Mitteilungsblatt (Orientierung für die Freunde des SOI) • Schriftenreihe.